

An der Basis

ENGAGEMENT Was bewegt (Ex-)Parteimitglieder? Vier Beispiele von der Volks- bis zur Kleinstpartei

Gila Altmann, 71 Jahre, Aurich, Bündnis 90/Die Grünen

Mit den etablierten Parteien konnte ich zu Beginn wenig anfangen. Die Anti-AKW-Bewegung, Gorbewegung, die Umweltbewegung – dort lagen die Wurzeln meines Engagements. Und dann gab es 1981 hier in Aurich Grüne. Der Name war selbsterklärend. Das entsprach meinem Lebensgefühl. Grünein brachte zu der Zeit berufliche Nachteile mit sich. Als Lehrerin habe ich das durchaus gespürt. Trotzdem habe ich die Mitgliedschaft nie bereut. Als ich zu den Grünen ging, hatte ich keine parteipolitischen Ambitionen. Das änderte sich 1986 bei den Kommunalwahlen, als Frauen für die Räte gesucht wurden. Ich kandidierte mit Erfolg als Ratsfrau in Aurich. Nach einem ersten Versuch 1990 zog ich 1994 in den Bundestag ein. Zuvor wurde ich die erste hauptamtliche Vorsitzende des Grünen Landesverbandes. Als Anhängerin der Grünen-Rotationsregelung wollte ich maximal zwei Legislaturperioden im Bundestag sein. Für mich ist ein Mandat Verantwortung auf Zeit. Als Abgeordnete und später als Parlamentarische Staatssekretärin lebte ich auf der Überholspur. Durch die Termine und

Aufgaben gab es jede Menge Stress, Verantwortung und wenig Zeit für soziale Kontakte. Eine Herausforderung war der Brückenschlag zwischen Parteibasis und Bundespolitik. In der Oppositionszeit war es leichter, grüne Essentials einzufordern, aber als Teil der rot-grünen Bundesregierung gelang dies nicht oder nur in Ansätzen. Auf Bundesebene ging es damals unter anderem um den Atomausstieg und den Kosovokrieg. Das waren dicke Bretter, da liest einem die Basis verständlicherweise auch mal die Leviten. Als Vermittlerin zwischen Parteibasis und Fraktion wird von beiden Seiten die Durchsetzung der Beschlüsse eingefordert und Standfestigkeit erwartet, das ist keine leichte Aufgabe. Mir war wichtig, nach der Zeit im Bundestag eine Zäsur zu machen. Nach drei Jahren Projektarbeit bot sich mir die Chance, als Regierungsberaterin nach Aserbaidschan zu gehen. 2011, zum Ende meiner Tätigkeit in Baku, habe ich für die Kommunalwahl 2012 auf einem hinteren Listenplatz kandidiert, und bin 2014 in den Auricher Kreistag nachgerückt. Seit 2016 bin ich auch wieder im Auricher Stadtrat. Warum ich mir das antue? Es macht noch Spaß! Ich denke, meinnetwegen verlä-

gern sich Sitzungen manchmal, weil es immer noch etwas nachzfragen oder beizutragen gibt. Wahrscheinlich ist es der langjährigen Erfahrung auf unterschiedlichen politischen Ebenen geschuldet, den Sachen auf den Grund gehen zu wollen. Unsere Aufgabe als Kommunalpolitikerinnen ist es, die Verwaltung zu unterstützen und zu kontrollieren. Dazu gehört auch, ihr Handeln zu werten und kritisch zu hinterfragen. Die politische Arbeit in meinem Ortsverband macht Spaß. Wir verbinden unsere Themen mit vielen Aktivitäten. Das sorgt für ein gutes Gemeinschaftsgefühl. Ob ich nochmal kandidiere? Das schliesse ich nicht aus und mache es nicht vom Alter abhängig, sondern davon, ob ich noch Lust und Kraft habe. Die Grünen haben mir Möglichkeiten eröffnet, für die ich dankbar bin, auch wenn es manchmal sehr belastend war. Blessuren gehören dazu. Ich bin bei den Grünen richtig, mit allen Höhen und Tiefen. Und das Positive überwiegt eindeutig.

Aufgeschrieben von Geertje Meyer

Die Autorin ist Redakteurin bei der Ostfriesen Zeitung.



Verlängert so manche Sitzung: Gila Altmann.

© Geertje Meyer



Will nicht nur ihre Meinung sagen, sondern mitgestalten: Mouna Badem.

© Anne Schröder

Mouna Badem, 33 Jahre, Nörvenich (Kreis Düren), CDU

Ich bin mit 30 Jahren relativ spät in die CDU eingetreten. In der Jungen Union (JU) im Kreis Düren, in der ich aktiv bin, engagieren sich viele schon seit sie 14 sind. Für mich gab unser Hauskauf den Anstoß. Jetzt, wo klar ist, dass wir hier im Umkreis von Köln, wo ich als freie TV-Produzentin tätig bin, bleiben und eine Familie gründen wollen, möchte ich meine Umgebung sinnvoll mitgestalten. Weil die CDU so kinderfreundlich und heimatverbunden ist und ihre Heimat zu einem lebenswerten Ort machen möchte, habe ich mich für diese Partei entschieden. Mein politisches Interesse ist deutlich gewachsen, als sich 2015 in Deutschland die Stimmung aufheizte. Bei der Flüchtlingskrise hatte ich das Gefühl, viel beisteuern zu können, weil ich zwei Jahre alt war, als meine Familie von Marokko nach Deutschland eingewandert ist. Ich dachte: „Vielleicht hilft es manchen, die Dinge aus meiner Perspektive zu sehen.“ Deshalb habe ich mitdiskutiert. Ich wollte mitgestalten, nicht nur meine Meinung sagen und hoffen, dass andere etwas daraus machen.

Mir war und ist wichtig, zu vermitteln, dass Integration nicht von allein funktioniert und dass es entscheidend ist, Kinder zu integrieren. Damals hatte ich das Gefühl, dass sich viele überfordert fühlten und nicht wussten, wie sie helfen können. Das war verschwendetes Potenzial, denn je später man versucht, die Leute mitzunehmen, desto schwieriger ist es. Neben der Integration bewegt mich – gerade mit Blick auf die junge Zielgruppe – das Thema Digitalisierung. Ich lebe auf dem Land, da kann man mit dem Handy nicht überall telefonieren und in einigen Regionen, die noch kein Breitband haben, ist das Homeoffice schwierig. Bei diesem Thema diskutiert man viel, hätte aber schon viel weiter sein können. Ich würde lieber ein paar Schritte in die falsche Richtung machen, als stehen zu bleiben und nicht dazu zu lernen. Offene Diskussionen sind mir dabei ganz wichtig. Nur im Diskurs kommt man weiter. Die CDU ist so breit aufgestellt, da sind viele mit ihrer Meinung abgedeckt. Es heißt ja nicht umsonst „Volkspartei“. Da sind Diskussionen wichtig – zwischen den einzelnen Gruppierungen aber auch zwischen den Generationen. Und zwar nicht nur zwischen

den 30- und den 60-Jährigen, sondern auch schon zwischen den 18- und den 30-Jährigen. In unserer Nachbarstadt wurde mit der Aufstellung der Ratskandidaten für die Kommunalwahl noch gewartet, bis ein JU-Mitglied 18 geworden ist, damit er auch kandidieren kann. Im Gespräch mit ihm lerne ich immer wieder Dinge über die junge Sichtweise. Die größte Stärke der CDU sehe ich gleichzeitig als eine Schwäche. Wenn man so viele Meinungen abdeckt, läuft man Gefahr, beliebig zu werden. Der Diskurs ist wichtig, wir müssen uns aber im nächsten Schritt auch einig werden. Neben Integration und Digitalisierung denke ich da auch an den Klimaschutz. Der lässt sich nicht aufschieben. Wenn ich zehn Jahre vorausschaue, sollten da schon die wichtigsten Sachen umgesetzt sein. Außerdem erhoffe ich mir vom nächsten Jahrzehnt einen guten Generationenwechsel innerhalb der CDU, der keinen Bruch entstehen lässt.

Aufgeschrieben von Anne Schröder

Die Autorin ist Redakteurin beim Medienhaus Aachen.

Mira Alexander, 28 Jahre, Hamburg, Volt

Geboren bin ich in Hamburg, aber erwachsen geworden in Europa. Ich habe während des Studiums und die Jahre danach in den Niederlanden, Italien, Spanien und Ungarn gelebt. Meine Freunde sind nun überall in Europa verstreut, und auch wenn ich seit einiger Zeit wieder in Hamburg lebe, so bin ich doch geprägt durch die EU. Seit April arbeite ich im Verkauf und Marketing einer E-Sports-Organisation. Es ist ein junges Unternehmen, an dessen Gestaltung ich noch mitwirken kann. Volt ist eine sehr kleine und junge Partei, sie wurde 2017 am Tag des Brexit-Gesuchs der Briten gegründet. Ich bin Mitte 2019 in die Partei eingetreten, weil bei ihr das Pan-Europäische im Mittelpunkt steht, das gibt es in dieser Form sonst nirgendwo. Wir sind in ganz Europa aktiv und haben ein gemeinsames Programm auf Europaebene. Hier kann ich an meinem Wunsch, einer europäischen Demokratie, in der die Bürger im Zentrum stehen und mitreden können, arbeiten. Ich fand Politik schon immer interessant, die Strukturen und Machtverhältnisse und

die Frage, warum Menschen ihrem Staat vertrauen oder auch nicht. In meiner sehr harmonischen und pädagogisch geprägten Familie habe ich aber weniger gelernt, mich in Diskussionen zurechtzufinden und Konflikte auszutragen, auch wenn meine Mutter politisch aktiv war und mein Vater – eher passives – Parteimitglied ist. Gerade Konflikte bringt die Politik aber mit sich. Mit einem Bachelor in European Studies und einem Master in International Public Policy habe ich mich daher eher mit dem Drumherum der Politik beschäftigt. Der aufkeimende Populismus, der Erfolg von Donald Trump, der Brexit – das alles hat mich verstärkt zum Nachdenken gebracht. Die Mehrheit schien das anders zu sehen, machte aber den Mund nicht auf – genauso wie ich. Meine Erkenntnis war: Europa macht mein Leben aus, es ist wichtig für mich, also muss ich mich dafür einsetzen, und das habe ich getan. Ich habe einige Leute von Volt kennengelernt und mir gefiel der Spirit, der dort herrscht. Es freut mich zu sehen und zu erleben, wie engagiert die Menschen in der Partei sind. Es gibt nur drei bezahlte Posten in Deutsch-

land, der Rest opfert seine Freizeit für die Parteiarbeit. Es liegt eine besondere Energie in der Luft, und das macht einfach Spaß. Außerdem gibt es eine Mischung aus Expertisen und man lernt immer noch etwas. Das ist großartig! Dieses Befähigende zu spüren, die Unterstützung, gerade als junge Frau im Hamburger Wahlkampf, das war sehr wichtig für mich. Ich hatte während des Wahlkampfes manchmal das Gefühl, keiner hört zu. Das ist bei Volt anders. Im Wahlkampf habe ich gemerkt, dass es immer noch fest gefahrene Bilder von Männern und Frauen in der Politik gibt. Ich war für viele schnell die Nette und Sympathische, mein männlicher Kollege der mit den Argumenten. Frauenförderung ist daher neben der Reform der EU eines meiner Herzthemen in der Politik. Grundsätzlich ärgert mich an der Politik, dass immer schnelle Statements und konkrete Antworten gefordert sind. Können wir nicht mal kurz innehalten und nachdenken, um etwas Kluges von uns zu geben?

Aufgeschrieben von Mirjam Rüscher

Die Autorin ist freie Journalistin.



Aktiv in einer Kleinstpartei: Mira Alexander.

© Pierre Bagieu



Trat einst in die SED ein und jüngst aus der Linken aus: Wolfgang Geist.

© Paul-Philipp Braun

Wolfgang Geist, 72 Jahre, Erfurt, ehm. Die Linke

Bereits nach meinem Abitur 1968 trat ich in die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) ein. Das war mein großer Wunsch und ich tat es aus freien Stücken. Vor allem, weil ich etwas verändern wollte. Meine Kindheit war gewiss keine leichte Zeit: Ich komme aus einer Arbeiterfamilie, meine Mutter hatte sieben Jungs. Der Zweite Weltkrieg war gerade erst vorbei, wir litten immer wieder Hunger und einer meiner Brüder starb früh. Als die SED in den 1960er Jahren mit ihren Sozialmaßnahmen begann, war ich begeistert und wollte dabei sein. Nach einem Kandidatenjahr wurde ich aufgenommen, war fortan ein einfaches Mitglied. Dabei bin ich ein guter Organisator. Schon mit 14 hielt ich eine Rede vor der gesamten Schule, mit 18 organisierte ich unseren Abiturball quasi im Alleingang. In Leipzig studierte ich Geschichte und noch während ich promovierte, schloss ich ein Archivstudium an. Ich ging ins DDR-Staatsarchiv nach Coswig und erhielt 1981 das Angebot, Verantwortlicher für das Archivwesen des Bezirks Erfurt zu werden. Eine Herausforderung war die Wohnungssuche. Durch einen glücklichen Zufall bekam ich eine neue Wohnung im neunten Stock eines

Neubaublocks. Bis heute wohne ich mit meiner Frau genau in dieser Wohnung, bin inzwischen sogar Ortsteilbürgermeister für das Gebiet am Berliner Platz. Meine Parteimitgliedschaft spielte für die Wohnung keine Rolle, wie auch für die anderen Dinge im Alltag nicht. Als sich in der Mitte der 1980er Jahre abzeichnete, dass es große Umbrüche geben würde, da begrüßte ich das zunächst. Ich war zwar Parteimitglied, dennoch wusste ich ja, wo es hakt. Es gab damals einfach eingefahrene Gleise, in denen man zu oft verharrt ist. Ich hatte mich im Leben eingerichtet, habe aber versucht, die Missstände von innen heraus zu ändern. Ein Widerstandskämpfer war ich nie. Das liegt sicher auch daran, dass ich Diskussionen um Begriffe nicht mag. Ich bin kein Ideologe, sondern packe an, wo es Not tut. Ich bin eben an der Basis, hatte nie die Ambitionen, ein Parteiamt zu übernehmen. Dass ich auch nach der Wende in der Partei blieb, das war für mich klar. Alles andere wäre ehrenrührig gewesen. Ich war wegen einer Idee Mitglied und die wollte ich auch im neuen Deutschland noch umsetzen. Ich trat in die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) ein und beschäftigte mich in dieser Zeit zunehmend auch mit Demokratieverständnis, durfte in den 1990ern sogar in der

Landeswahlkommission des Freistaats Thüringen sein. Als die PDS zur Linken wurde, sah ich darin eine große Chance, auch auf Bundesebene etwas zu bewegen. Und die Wahlergebnisse gaben mir Recht. Dass aber auch heute noch ein kultureller Unterschied zwischen den Verbänden in Ost und West besteht, bedauere ich sehr. 2009 fragten mich die Linken, ob ich für sie als Ortsteilbürgermeister kandidieren will. Ich sagte sofort zu und gewann die Wahl. Seitdem bin ich für alle Bürger hier im Gebiet Ansprechpartner, ganz unabhängig von der Parteizugehörigkeit. Trotzdem habe ich die Linken zum Beginn des Jahres verlassen, bin nun parteilos. Die Gründe hierfür sind allerdings sehr persönlich, sie haben nichts mit Politik oder handelnden Personen zu tun.

Aufgeschrieben von Paul-Philipp Braun

Der Autor ist freier Journalist und Fotograf.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Update nötig

WANDEL Tiefgreifende Veränderungen in der Parteilarbeit brauchen Zeit. Doch die Pandemie hat gezeigt: Eine digitale Demokratie braucht auch digitale Parteien

Die COVID-19-Pandemie hat die Gesellschaft innehalten lassen. Die Menschen mussten auf Distanz zueinander gehen, und das Zuhause wurde zum Ort des digitalen Austausches: Freunde trafen sich auf ein virtuelles Feierabendbier, Yoga-Kurse fanden vor Bildschirmen statt und in Sozialen Medien wurden viele in der Corona-Zwangspause vollendete Projekte sichtbar. Aber nicht nur die Gesellschaft, auch die Parteien erfuhren einen radikalen Digitalisierungsschub. Wie überall mussten der kommunikative Austausch und die Arbeitsabläufe auch in den Parteien digitalisiert werden, um handlungsfähig zu bleiben. Der Übergang in diese neue Normalität – auf Distanz – ist nun im Aushandlungsprozess. Von allen Partei-Seiten wurde betont, längst in der digitalen Moderne angekommen zu sein

und Freude an den neuen Instrumenten zu finden. Ob beim „digitalen Parteitag“ von Grünen und CSU im Mai oder dem „Digi-Camp“ der CDU: Alle einte, mehr oder weniger, zwischen Symbolik und Beschlussfassung angelegt zu sein. Das Zurschaustellen digitaler Organisationsstrukturen ist letztlich Ausdruck der Bestrebungen, die es bereits vor Corona in den Parteien gab. In der Blütezeit der netzpolitischen und experimentierfreudigen Piratenpartei legten die unter Wettbewerbsdruck geratenen etablierten Parteien ihre digitalen Fundamente. Parteimitglieder gründeten Vereine zur Erarbeitung von digitalem Sachverstand, wie das CDU-nahe C-Netz oder die Vereine D64 (SPD), Digitale Gesellschaft (Grüne) oder LOAD (FDP). Doch blieben Vorbehalte bestehen. Die innerparteilichen Beharrungskräfte sind groß und Parteilarbeit ist in ihrem Grundsatz analog und hierarchisch. Auch wurde der Bedeutungsverlust der Piratenpartei als Zeichen dafür gelesen, dass digitale Organisationsformen letztendlich nur sehr eingeschränkt erstrebenswert seien.

Aus analog wird digital? Nichtsdestotrotz nutzen Parteien eine Vielzahl an Kanälen, mittels derer sie sich sowohl an die Öffentlichkeit, als auch an ihre Mitglieder richten: Verschiedene Social-Media-Kanäle werden bespielt, kein Trend soll mehr verpasst und möglichst jedes Eckchen in der schier unendlichen Weite des Internets erreicht werden. Allzu oft bleibt es jedoch bei der Übersetzung analoger Formate ins Digitale. So werden etwa Soziale Medien von Parteien immer wieder mit Litfaßsäu-

len verwechselt, an denen Werbeplakate ausgehängt und anschließend vergessen werden können. Doch das Internet ist keine Litfaßsäule, sondern gleichzeitig ein Marktplatz, ein Wahlkampfstand, und ein Sitzungssaal des eigenen Ortsverbands. Es brauchte Zeit, bis dies in den Parteizentralen erkannt wurde. Inzwischen gibt es in allen Parteien Abteilungen, die sich um digitale Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern bemühen und Einblicke aus dem Parteilieben für Instagram, YouTube, WhatsApp oder Telegram aufbereiten. Für Aufsehen sorgte die im Frühjahr 2018 angekündigte Einrichtung eines sogenannten „Newsrooms“ durch die Alternative für Deutschland (AfD). Das erklärte Ziel dahinter: Die Möglichkeiten direkter digitaler Kommunikation zu nutzen, alternative Nachrichten zu den etablierten Medien zu produzieren und diese in Richtung der eigenen Anhängerschaft zu verbreiten. „Solange die AfD von vielen Medien ignoriert oder mit Fake News gezielt schlecht gemacht wird, kann es nur diesen einen Weg geben“, begründete die AfD-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel den Schritt. Auch andere Parteien sahen die Chance digitaler Selbstdarstellung in Eigenregie und gründeten Nachrichtenräume – allerdings ohne dies als Alternativangebot zu etablierten Medien zu verstehen. So ist FDP-Fraktionschef Christian Lindner schon lange nicht mehr der einzi-

Allzu oft bleibt es bei der Übersetzung analoger Formate ins Digitale.

ge, der selbst Instagram-Stories produziert: Eine Reihe von Politikerinnen und Politikern hat sich eine Fangemeinde in den Sozialen Medien erarbeitet, darunter die SPD-Parteivorsitzende Saskia Esken, der ehemalige CDU-Generalsekretär Ruprecht Polenz oder die Staatsministerin und Beauftragte der Bundesregierung für Digitalisierung, Dorothee Bär (CSU).

Die Kehrseite Eine Präsenz in den Sozialen Medien gehört zum politischen Alltag. Als Grünen-Chef Robert Habeck sich entgegen des Trends entschloss, seinen Twitter-Account zu schließen, gab es harsche Kritik. Er begründete dies mit Erfahrungen, die viele andere, insbesondere Politikerinnen und Politiker, machen mussten: In keinem anderen digitalen Medium gebe es so viel Hass, Böswilligkeit und Hetze. Es ist die Kehrseite von Sichtbarkeit, Transparenz und direkter Interaktion und weit verbreitet in Sozialen Medien. Den traurigen Tiefpunkt bildete die Entscheidung des Landgerichts Berlin, das Beschimpfungen und Beleidigungen der Grünen-Politikerin Renate Künast auf Facebook nicht als Rechtsverstöße wertete. Erst Monate später wurde dies in nächster Instanz teilweise revidiert. Dem Anspruch der Netzaffinen in Parteien, stärker digital zu arbeiten, wird zunehmend durch eigene Entwicklungen ent-

sprochen: Was in der SPD als „virtueller Ortsverein“ zwischen 1998 und 2011 zunächst scheiterte, wurde mittlerweile neu aufgelegt. Als experimentelles „Debattenportal“ seit September 2018 getestet, wurde ein themenbasiertes Online-Diskussionsangebot für Mitglieder entwickelt, um sich digital zu vernetzen und Positionen zu erarbeiten. Im Laufe des Jahres 2019 wurde es unter dem Namen „Online-Themenforen“ weiterentwickelt und auf dem Parteitag im Dezember beschlossen. Das Ergebnis: Online-Themenforen haben nun das Recht, als digitale Gruppen Themenanträge auf Parteitagen vorzustellen. Bereits seit längerer Zeit installiert und erprobt ist ein solches System bei den Grünen.

Ausgebremst Zu den digitalen Updates verhelfen Parteivorständen Berater, die früher als „digitale Nerds“ bezeichnet wurden und heute gute Chancen haben, in wichtige Positionen vorzurücken. Denn es geht um nicht weniger als den Selbsterhalt. Schon in der vor-digitalen Zeit wurde problematisiert, dass sich die Parteien zu stark um sich selbst drehen. Angesichts dramatisch sinkender Mitgliederzahlen, einer mangelhaften Rückkopplung politischer Entscheidungen und dem Gefühl vieler, von der Politik „abgehängt zu werden“, war immer wieder die Rede von einer zunehmenden Politikverdrossenheit in der Bevölkerung. Hinzu kommt, dass insbesondere die digital affinen, jungen Menschen in Parteien und Parlamenten unterrepräsentiert sind und die Wahlbeteiligung bei unter 30-Jährigen am niedrigsten ist. Kaum ein junger Mensch kann sich heute vorstellen, seine politischen Forderungen

über Parteilarbeit zu verwirklichen. Für viele gehören sie zusammen mit Videotheken und Audiokassetten ins Museum der vor-digitalen Zeit – trotz aller Modernisierungsbemühungen. Sinnbildlich dafür steht der wenig souveräne Umgang der Christdemokraten mit dem YouTuber Rezo und seinem Video „Die Zerstörung der CDU“ im vergangenen Jahr. Dies ließ erahnen, wie sehr sich alte und neue Logiken in der Parteilorganisation immer wieder gegenseitig ausbremsen. Was aktuell erst schemenhaft erkennbar wird, könnte sich retrospektiv als die Geburtsstunde der digitalen Parteien erweisen. Es wird gemeinsam experimentiert, Probleme werden offen gelegt, Mitglieder erleben, wo ihnen digitale Wege helfen und wo sie das persönliche Treffen schmerzlich vermissen. Die Krise kann für die Parteien die Chance bieten, mit neuem Erfahrungs- und Sachverstand über ihre Arbeitsweise und Strukturen zu debattieren und sich als Netzwerk neu zu erfinden. Wegen des Distanzgebots wird Parteilarbeit anders funktionieren und sicherlich digitaler und hybrider sein. Für tiefgreifende Veränderungen braucht es mehr Zeit, doch eines ist schon jetzt klar: Eine digitale Demokratie braucht auch digitale Parteien. Sie haben in der repräsentativen Demokratie eine Schlüsselrolle, die keine andere politische Organisation ausfüllen kann.

Isabelle Borucki | Die Politikwissenschaftlerin leitet die Nachwuchsforschungsgruppe „DIPART. Digitale Parteienforschung“ an der Universität Duisburg-Essen. Mitarbeit: Dennis Michels und Stine Ziegler.



Digitale Kommunikation und das aktive Nutzen sozialer Medien werden in der Parteilarbeit und im Wahlkampf immer wichtiger.

© picture-alliance/dpa

CDU	
Gründung: 26. Juni 1945 Erster Bundesparteitag im Oktober 1950	
Mitgliederzahl: 401.811 Stand: 31. Mai 2020	
Parlamente mit CDU-Abgeordneten (Bundestag und Landesparlamente): 16	

Von der Gesinnungsgemeinschaft zur projektbezogenen Plattform

TRANSFORMATION Beim Wandel von der Mitglieder- zur agilen Mitmach-Partei spielen digitale Beteiligungsformate eine Schlüsselrolle

Politisierung und Polarisierung prägen die bundesdeutsche Gesellschaft seit einigen Jahren in einem zwischenzeitlich ungekannten Ausmaß. Doch davon können viele Parteien als zentrale Akteure der repräsentativen Demokratie nicht profitieren. Auch wenn einzelne Parteien steigende Mitgliederzahlen verzeichnen, ist der langfristige und übergreifende Trend negativ und alarmiert die Parteizentralen: „Nimmt man alle Parteien zusammen, so ist die Zahl der Parteimitglieder seit 1990 um knapp die Hälfte gesunken“, resümierte der Politikwissenschaftler Oskar Niedermayer im vergangenen Jahr. Spätestens seit den Wahl-Erfolgen der Piratenpartei in Deutschland sowie von neuen Bewegungsparteien in einigen europäischen Ländern, geht es verstärkt um die Organisationsentwicklung von der veralteten Mitglieder- zur agilen Mitmach-Partei. Dies geht meist mit unmittelbaren, oft digitalen Beteiligungsformaten einher. Die corona-bedingten Kontaktbeschränkungen forcierten den Wandel der Parteilarbeit: Videokonferenzen traten temporär an die Stelle von Stammtischen. Je formalisierter die Versammlungen desto notwendiger sind aber durch die Erfordernisse des

Parteiengesetzes Veranstaltungsöffentlichkeiten unter Präsenz von Mitgliedern zu ermöglichen. Auch deshalb sind vereinzelt durchgeführte virtuelle Parteitage noch eher Experimentierfelder für Inszenierungen des politischen Personals ohne ko-präsenzes Publikum. Demgegenüber arbeiten die meisten Parteien schon länger an einer Digitalisierung ihrer Organisationsstrukturen. Solange sich diese Praxis im Bereich informeller Abstimmungen oder administrativer Vorgänge bewegt, erscheint sie eher unproblematisch, auch wenn es sich um eine immense Herausforderung der Organisationskultur handelt.

Beteiligung der Basis Etabliert haben sich bereits Befragungen, mit denen die Parteilührungen zunehmend die Meinung ihrer Mitglieder etwa zu aktuellen politischen Themen eruiert. Ein anderes Beratungsgremium, um „jenseits von Entscheidungsstrukturen und Wahlen Themen in die politische Diskussion der Vorstände einzuspeisen“ ist etwa der neue Mitgliederbeirat der SPD mit 20 zufällig ausgewählten Mitgliedern. Brisant wird es, wenn es um die Beteiligung der Basis an verbindlichen Entscheidungen geht. Auch hier sind

schon Online-Abstimmungen vorgenommen worden. Doch die Sicherheit solcher Verfahren des „E-Votings“ lassen sich trotz aller Vorkehrungen hinterfragen. Deshalb plädiert der politische Bundesgeschäftsführer von Bündnis 90/Die Grünen, Michael Kellner, für die „Gründung einer gemeinnützigen Stiftung, die aus öffentlichen Mitteln finanziert wird, um geheime und pseudoanonyme Wahlen online zu ermöglichen“. Auch Prozesse zur Formulierung

von Parteiprogrammen wurden bereits digital durchgeführt, Personalwahlen allerdings noch nicht. Im Vorfeld der 2021 anstehenden Landes- und Bundestagswahlen sorgt Corona auch hier für Innovationsdruck: Die Aufstellung der Kandidaten soll in einer Kombination aus Online-Vorstellungen und Urnen- oder Briefwahl möglich sein. Dieser Wille zur Änderung der gesetzlichen Grundlagen wurde bereits überparteilich bekundet. Darüber hinaus

sollen Online-Parteitage künftig verbindliche Beschlüsse fassen dürfen. Vorstands-wahlen und Satzungsänderungen bleiben ordentlichen Parteitagen vorbehalten. Die jüngste Kür der Parteivorsitze von CDU und SPD in pluralen Verfahren demonstriert aber ebenso, dass neue Beteiligungsformate keinen nachhaltigen Erfolg garantieren müssen: In beiden Fällen folgte der Beratschlagung eine knappe Entscheidung mit entsprechenden Legitimationsproblemen der neuen Führung.

Öffnungsstrategie Konsultative Online-Angebote spielen aber nicht nur innerparteilich, sondern auch bei der Öffnung gegenüber interessierten Nichtmitgliedern eine Rolle. Durch digitale Debattenformate soll die Hürde zur Teilnahme gesenkt werden. Erhofft wird eine höhere Anschlussfähigkeit an eine jüngere Klientel, die den Gepflogenheiten des Parteiliebens im Ortsverein, insbesondere in den Großstädten, häufig skeptisch gegenübersteht. Bei diesen Innovationen wandeln vor allem die Volksparteien auf einem schmalen Grat: Wieviel Modernisierung lässt sich der Basis zumuten, wenn die Parteizentralen mit Ideenwerkstätten und Inkubatoren ver-

meintliche Verstaubtheit vertreiben wollen? Und sollen Parteien am Ende weniger politische Gesinnungsgemeinschaften denn projektbezogene Plattformen sein? Bislang hat die Digitalisierung einen eher moderaten Wandel parteiliegender Beteiligungsarchitekturen bewirkt. Unter dem Druck von wachsenden Partizipationsansprüchen, sinkenden Mitgliederzahlen und tendenziell knappen finanziellen Ressourcen steigen jedoch Notwendigkeit und Neigung zu organisationalen politischen Parteilösungen. Inwieweit neue Instrumente innerparteilicher Demokratie und Maßnahmen zur stärkeren Öffnung gegenüber der Gesellschaft primär der Imagepflege dienen oder zu einer dauerhaften Transformation der deutschen Parteidemokratie führen, bleibt abzuwarten.

Erik Meyer | Der Politikwissenschaftler ist Fellow am Center for Advanced Internet Studies.



Erster rein virtueller CSU-Parteitag, moderiert von Digital-Staatsministerin Dorothee Bär (links, stehend) und Generalsekretär Markus Blume (rechts).

©picture-alliance/dpa

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Stimmen sind Bares

FINANZIERUNG Die Parteien benötigen Geld für ihre Arbeit. Aber über die Frage, woher es kommen soll, streitet die Republik seit Jahrzehnten. Im Zentrum der Debatte stehen Spenden und die staatlichen Mittel

Im Dezember 2019 griffen der Verband der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg und das bayerische Pendant noch einmal tief in die Taschen. 890.002 Euro an Spenden überwiesen die beiden großen Arbeitgeberverbände an CDU (140.000 Euro), CSU (390.000), SPD (50.001), FDP (160.000) und Bündnis 90/Die Grünen (150.001). Die beiden Verbände gehören seit vielen Jahren zu den größten Spendern an Deutschlands Parteien. Profitierten in der Vergangenheit vor allem die beiden Unionsparteien und die Liberalen von deren Spenden, so kommen die Grünen spätestens seit dem Einzug von Winfried Kretschmann als erstem grünen Ministerpräsidenten in die Stuttgarter Staatskanzler und dem Aufstieg der Grünen zur politisch zweitstärksten Kraft in einigen Landtagen verstärkt in den Genuss größerer Spenden aus Industrie und Wirtschaft.

Wer, wann, welcher Partei wie viel Geld gespendet hat, lässt sich aus den Rechenschaftsberichten und regelmäßigen Unterrichtungen des Bundestagspräsidenten über Großspenden entnehmen. In den Rechenschaftsberichten müssen die Parteien zudem alle ihre Einnahmen und Ausgaben offenlegen. So sehen es das Grund- und das Parteiengesetz vor.

Spenden bilden bei weitem nicht die wichtigste Geldquelle der Parteien. Aber sie gehören zu den umstrittensten Einnahmen in einem insgesamt umstrittenen System der Parteienfinanzierung, das regelmäßig

Stoff für politische Diskussionen sorgt. Auch das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe wurde gleich mehrfach in dieser Frage bemüht.

Mitgliedsbeiträge Zu den unumstrittenen Möglichkeiten der Parteienfinanzierung gehören die Mitgliedsbeiträge, die bei vielen Parteien bereits einen großen Teil der Einnahmen ausmachen. Sie reichen von rund einem Viertel der Einnahmen bei CDU und CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP bis hin zu fast einem Drittel bei SPD und Die Linke. Lediglich die AfD hinkt bei den Mitgliedsbeiträgen mit rund 13 Prozent auffällig hinterher (Stand: 2018).

Problematischer hingegen sind die sogenannten Mandatsträgerbeiträge. Sie sehen vor, dass Abgeordnete und Inhaber eines politischen Amtes einen gewissen Prozentsatz ihrer Diäten beziehungsweise Gehälter an ihre Partei abführen. Auf freiwilliger Basis ist dies rechtlich nicht zu beanstanden, die Mandatsträgerbeiträge werden im Parteiengesetz ausdrücklich genannt. Allerdings üben die Abgeordneten im Bundestag laut Artikel 38 Grundgesetz ein freies Mandat aus und sind „an Aufträge und Weisungen nicht gebunden“. Formal können Parteien ihre Mandatsträger deshalb juristisch auch nicht zwingen, einen Beitrag abzuführen. Ob eine Abgeordneter jedoch bei der nächsten Wahl noch einmal als Kandidat nominiert werden würde, wenn er den Beitrag verweigert, sei dahingestellt. Der



Der „Spendomat“ im Konrad-Adenauer-Haus, der Parteizentrale der CDU in Berlin. An dem Automaten können Spenden von 50 Cent bis 100 Euro in bar oder mit Karte eingezahlt werden. © picture-alliance/dpa

Umfang der Mandatsträgerbeiträge ist höchst unterschiedlich. Er reicht von bescheidenen rund fünf Prozent der Gesamteinnahmen bei der AfD, acht Prozent bei FDP und CSU über rund 15 Prozent bei CDU, SPD und Linken bis hin zu etwa 21 Prozent bei Bündnis 90/Die Grünen.

Auffällig große Unterschiede zwischen den Parteien bilden die Einnahmen, die sie selbst erwirtschaften. Während beispielsweise Unternehmenstätigkeiten oder Beteiligungen bei den meisten Parteien keine Rolle spielen, entfielen 2018 bei der SPD mit rund 7,4 Millionen Euro gut vier Prozent ihrer Einnahmen auf diesen Bereich. Die Partei ist beispielsweise über die Medienholding Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft an über 70 Zeitungen beteiligt. Diese Form der Parteienfinanzierung hat

bei den Sozialdemokraten eine lange Tradition, die bis in die Zeit des Kaiserreichs zurückreicht.

Spenden Für Diskussionen sorgen vor allem immer wieder Spenden – sei es von Einzelpersonen oder von juristischen Personen, zum Beispiel Unternehmen – und die staatliche Parteienfinanzierung. Die Auflagen für Spenden sind nach einer Reihe von Skandalen immer weiter verschärft worden, vor allem durch Transparenzregeln. So wurde durch die Novellierung des Parteiengesetz im Jahr 2002 festgelegt, dass Spenden von mehr als 50.000 Euro mit dem Namen des Spenders unverzüglich beim Bundestagspräsidenten angegeben und anschließend veröffentlicht werden müssen. Spenden über 10.000 Euro müssen namentlich hingegen erst in den jährlichen Rechenschaftsberichten der Parteien veröffentlicht werden. Zuletzt hatte der damalige Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) die Bundesstaatsverwaltung im Januar 2010 angewiesen, Spenden von mehr als 50.000 Euro sofort schriftlich oder im Internet zu veröffentlichen. Zuvor waren sie in Sammelübersichten im Vier-Wochen-Rhythmus publik gemacht worden. Anlass für Lammerts Anweisung waren Spenden in Höhe von insgesamt 1,1 Millionen Euro, die die FDP zwischen Oktober 2008 und Oktober 2009 von einem Hotel-Unternehmer erhalten hatte. Besonders pikant an der Geschichte: Die FDP hatte sich in der damaligen Koalition massiv für die Senkung der Mehrwertsteuer für die Hotelbranche

eingesetzt. Prompt stand der Vorwurf der „Käuflichkeit“ im Raum. „Mövenpick-Partei“, schimpften Linke und Grüne im Bundestag und forderten die FDP gar auf, die Spenden zurückzuzahlen.

In der Diskussion wird seitdem von Grünen und Linken immer wieder eine Deckelung der jährlichen Spendensumme pro Spender gefordert, wie dies in etlichen europäischen Nachbarländern wie etwa Frankreich üblich ist. Auch die Transparenzregeln sollen nach dem Willen der Opposition weiter verschärft werden. Und Die Linke würde Spenden von Unternehmen am liebsten ganz verbieten. Die Debatte zwischen den Parteien erinnert mitunter allerdings stark an jene über die Wahlrechtsreform. Strengere Auflagen fordern Parteien meist für jene Bereiche, von denen sie am wenigsten profitieren. So machten Spenden von juristischen Personen bei den Linken in den Jahren 2018 und 2017 lediglich 0,1 Prozent ihrer Einnahmen aus. Bei der FDP hingegen waren es 2018 immerhin 4,7 und 2017 sogar fast zwölf Prozent.

Geld vom Staat Für Missmut in der Öffentlichkeit sorgte immer wieder die staatliche Parteienfinanzierung. Immerhin flossen im vergangenen Jahr 193,5 Millionen Euro aus dem Staatshaushalt an 21 anspruchsberechtigte Parteien. Davon gingen allein 188,4 Millionen Euro an die sieben im Bundestag vertretenen Parteien. Dass die Parteien überhaupt Geld vom Staat erhalten, ergibt sich aus ihrer verfas-

sungsrechtliche Stellung. Maßgeblich aus dem in Artikel 21 Grundgesetz formulierten Auftrag an die Parteien, „bei der politischen Willensbildung“ mitzuwirken, wird die staatliche Finanzierung abgeleitet. Dieses Prinzip ist durch das Bundesverfassungsgericht mehrfach bestätigt, die Praxis hingegen mehrfach angepasst worden.

Erfolgte die staatliche Finanzierung über Jahrzehnte vor allem durch eine Wahlkampfkostenersatzung, gilt seit der Novellierung des Parteiengesetzes von 1994 eine Art Mischform, die die Verwurzelung der Parteien in der Gesellschaft spiegeln soll. Einberechnet werden jetzt sowohl die Ergebnisse bei den jeweils letzten Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen als auch die Zuwendungen von natürlichen Personen. So erhalten die Parteien für die jeweils ersten vier Millionen Wählerstimmen 1,03 Euro pro Stimme, für jede weitere 0,85 Euro. Darüber hinaus bekommen sie jährlich 45 Cent für jeden Euro, den sie als Zuwendungen in Form von Spenden natürlicher Personen, Mitgliedsbeiträgen und Mandatsträgerbeiträgen erhalten haben. Berücksichtigt werden allerdings nur Zuwendungen bis 3.300 Euro pro Person und Jahr. Zudem dürfen die staatlichen Mittel die Eigeneinnahmen der Parteien nicht überschreiten.

Während das System als durchaus geglättet gilt, sorgt die sogenannte „verdeckte Parteienfinanzierung“ – etwa durch die staatlichen Zuschüsse an die Bundestagsfraktionen oder die Partei-Stiftungen – immer wieder für Kritik. Alexander Weinkle

Gründung: 14. Mai 1993 durch Vereinigung von Die Grünen (1980) und Bündnis 90 (1990/1991)

Mitgliederzahl: 96.487
Stand: 31. Dezember 2019

Parlamente mit Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen (Bund und Länder): 15

»Pflege der politischen Landschaft«

SKANDALE Spenden an die Parteien sorgten immer wieder für politische Erdbeben in der Bundesrepublik

Das Geheimnis um die Namen der anonymen Spender nahm Helmut Kohl (CDU) letztlich mit in Grab. Bis zuletzt hatte sich der Alt-Bundeskanzler geweigert, die Namen jener vier bis fünf Personen zu nennen, die Geld in großem Umfang an die CDU gespendet haben sollen. Auf 2,1 Millionen Euro sollen sich laut Kohl die illegalen Parteispenden belaufen haben, die er angenommen und an den offiziellen Büchern der CDU vorbei auf schwarze Konten transferiert hatte. Kohl übernahm zwar 1999 die politische Verantwortung für einen der größten Parteispenden-Skandale in der Geschichte der Bundesrepublik, trat auf Druck der CDU-Partei Spitze auch vom Amt des Ehrenvorsitzenden der Partei zurück, die Namen der Spender wollte er aber unter Verweis auf sein gegebenes Ehrenwort nicht publik machen. Dass ein ehemaliger Bundeskanzler sich über das Parteiengesetz und auch über das Grundgesetz hinwegsetzt, schien Kohl selbst wenig zu stören, beschädigte aber den Ruf der CDU und vor allem seinen eigenen als „Kanzler der Ein-

Zu dauerhaften Lerneffekten führten die Affäre um Flick und Bimbos nicht.

heit“ zum Ende seiner Karriere nachhaltig. Vor allem da es an Kohls Version von den anonymen Spendern massive Zweifel gab – auch von seinem langjährigen politischer Wegbegleiter Wolfgang Schäuble, der die Existenz eines ganzen Systems schwarzer Kassen einräumte. Von 1999 bis 2002 versuchte schließlich ein Untersuchungsausschuss des Bundestages Licht in das „System Kohl“ zu bringen. Am Ende wurde Bußgelder gegen die CDU verhängt und auch bei der Wahlkampfkostenersatzung musste die Partei Einbußen hinnehmen. Und der Bundestag verschärfte das Parteiengesetz bezüglich der Veröffentlichung von Spenden.

Der Skandal um den „Bimbos“, wie Kohl Geld gerne auf gut pfälzisch bezeichnete, war allerdings nur ein weiterer Höhepunkt in einer ganzen Reihe von Spenden-skandalen. Die sogenannte „Flick-Affäre“ in den 1980er Jahren gilt neben der CDU-Spendenaffäre bis heute als einer der größten politischen Skandale der Bundesrepublik, in die alle damals im Bundestag vertretenen Parteien verwickelt waren. Kon-

cret ging es um verdeckte Zahlungen des Flick-Konzerns in Höhe von 25 Millionen Euro, die zwischen 1969 und 1980 an CDU und CSU, SPD und FDP geflossen sind. Der Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch bezeichnete diese Geldzahlungen reichlich euphemistisch als „Pflege der politischen Landschaft“. Dieser Begriff ging als regelrechtes Synonym für illegale Parteispenden in die Geschichtsbücher ein. Die Öffentlichkeit übersetzte den Vorgang ganz anders: Käuflichkeit von Parteien und Politikern durch einen Konzern.

U-Ausschuss Auch damals setzte der Bundestag einen Untersuchungsausschuss ein, um die Sachlage aufzuklären. Auch die Arbeit des U-Ausschusses war von einigen politischen Verwerfungen begleitet. Als Bundestagspräsident Rainer Barzel (CDU) in den Verdacht geriet, ebenfalls Zuwendungen in Form eines Scheinhonorars für Beratertätigkeit erhalten zu haben, trat Barzel einen Tag nach seiner Vernehmung vor dem Ausschuss von seinem Amt zurück. Im Nachhinein erwiesen sich die Anschuldigungen gegen ihn jedoch als haltlos. Auch das Bundesverfassungsgericht musste ins Geschehen eingreifen. Nachdem das Bundeswirtschaftsministerium sich geweigert hatte, dem Ausschuss bestimmte Akten

zur Verfügung zu stellen, strengten die Fraktion der Grünen, die 1983 in den Bundestag eingezogen waren, und die SPD-Fraktion eine Organstreitverfahren gegen die Regierung an. Karlsruhe entschied auf Herausgabe der Akten und stärkte die Rechte von Untersuchungsausschüssen damit dauerhaft. Auch auf der Gesetzesebene wurde nachgebessert, die Vorschriften über Spenden im Parteiengesetz. In Konsequenz der Affäre musste Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) von seinem Amt zurücktreten. Gegen ihn, von Brauchitsch und den ehemaligen Wirtschaftsminister Hans Friedrichs (FDP) wurde Anklage erhoben, die zu Verurteilungen wegen Steuerhinterziehung und Beihilfe führten. Zu dauerhaften Lernerfolgen führte aber weder die Flick- noch Kohls Bimbos-Affäre: Zuletzt war es die AfD, die wegen der Annahme anonymen Spenden einer Schweizer PR-Agentur von der Bundestagsverwaltung zu einem Bußgeld von 269.400 Euro verdonnert worden war. aw

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem **E-Paper**

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!
Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.

Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
fazit-com@intime-media-services.de
Telefon 089-8585 3832



Dresdens Stadträte bei einer Sitzung im Plenarsaal des Rathauses im März dieses Jahres

© Christian Juppe / Sächsische Zeitung

Gesichter der Politik

KOMMUNEN Kümmern vor Ort ist für Parteien Basisarbeit. Erfahrungen einer Dresdner Kommunalpolitikerin

Ein Donnerstag, 16.15 Uhr. Was wird aus dem Fernsehturm? Nicht aus dem Berlin, sondern dem in Dresden. Der steht seit 1964 auf den Elbhängen und war mal ein Wahrzeichen, ist seit Anfang der 1990er Jahre aber für die Öffentlichkeit geschlossen. Seit gut zehn Jahren wird in der Stadt über eine Wiedereröffnung mit Café und Besucherplattform diskutiert; im vergangenen Jahr haben der Freistaat Sachsen und der Bund dafür finanzielle Mittel zugesagt. In der heutigen Einwohnerfragestunde des Stadtrats steht das Thema einmal mehr auf der Tagesordnung: Ein Bürger bemängelt, in Sachen Wiedereröffnung seien zahlreiche Fragen ungeklärt, es gebe massive Zweifel an der Wirtschaftlichkeit des Projekts.

Heike Ahnert lacht. Die 40-Jährige ist seit 2014 Stadträtin für die CDU und bezeichnet sich als „Ur-Dresdnerin“ – dieser Fakt allein erkläre, warum sie die endlose Diskussion um den Fernsehturm gut verstehen kann. „Die Dresdner lieben ihre Stadt; sie wollen bei Fragen, die die Stadtentwicklung betreffen, unbedingt mitreden. Und der Fernsehturm ist für viele eine tolle Erinnerung an ihre Kindheit und sie fragen sich, was denn so schwer daran sein soll, dieses Wahrzeichen wieder in Betrieb zu nehmen, wenn das selbst in der DDR funktioniert hat. Dass der Fernsehturm ganz weit abgelegen ist und in Konkurrenz zu den vielen anderen Sehenswürdigkeiten der Stadt steht und deshalb wohl nie mehr der Publikums-magnet von früher werden wird, wollen viele nicht wahrhaben.“

Doch grundsätzlich hat Ahnert Verständnis für das Ringen um die Interessen der Stadt. Wer, wenn nicht sie, sollte das nachvollziehen können? Ahnert ist Lokalpolitikerin aus Überzeugung. 2010 in die CDU eingetreten, wurde sie schon nach kurzer Zeit Vorsitzende ihres Ortsverbandes. Das Angebot, für den sächsischen Landtag zu kandidieren, hat sie vergangenes Jahr ausgeschlagen. „Weil wir hier die Dinge verhandeln, die für die Menschen wirklich einen Unterschied machen“, sagt sie, „hier geht es oft um kleine Dinge, die wirklich eine Bedeutung haben.“ Sie habe „bestimmt fünf Jahre lang“ um gut 300 Meter Fußweg gekämpft, ebenso für den Erhalt von Kleingärten in den Elbbauern. „Das ist

für diese Leute ein Riesenthema. Und die Befriedigung, für sie wirklich etwas erreicht zu haben, ist unbeschreiblich.“ Die Erfolge kommen nicht von selbst. Seit der Wahl im vergangenen Sommer herrschen im Dresdner Stadtrat schwierige Mehrheitsverhältnisse: Mit 20,5 Prozent wurden die Grünen stärkste Kraft, sie kooperieren mit Linken und Sozialdemokraten. Aber selbst das Dreierbündnis hat keine Mehrheit, ebensowenig wie konservative Kräfte. Ahnerts CDU war bis 2015 bestimmender Akteur, nun aber kommen Mehrheiten häufig eher zufällig oder nach zähem Ringen zustande.

»Ich bin an mindestens drei Abenden pro Woche unterwegs.«

Heike Ahnert, Stadträtin in Dresden

16.50 Uhr. Noch immer haben in der Stadtratssitzung – die coronabedingt seit Monaten nicht im Rathaus, sondern unter Wahrung aller Abstandsregelungen in der Messe stattfindet – die Bürger das Wort. Ein Mann beschwert sich aufgeregt darüber, dass das zehnte Millionen Euro starke Corona-Hilfspaket der sächsischen Landeshauptstadt nicht ausreichend gewesen und nicht vernünftig kommuniziert worden sei; man könne den Eindruck haben, hier seien bestimmte eingeweihte Gruppe bewusst bevorteilt worden. Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP) weist das zurück: Er kenne keine andere Stadt, die Hilfen in vergleichbarer Höhe gewährt und damit zehntausende Kleinst- und Kleinunternehmer in einer Zeit unterstützt habe, in der die großen Hilfsmaßnahmen noch nicht angelaufen seien.

Heike Ahnert seufzt. Die Stadtverwaltung habe über das Paket wirklich breit informiert, auf allen ihr zur Verfügung stehen-

den Kanälen. „Und natürlich gibt es auch eine Bürgerpflicht, sich zu informieren.“ Manchmal hat sie den Eindruck, es werde lieber geschimpft, dass die Politik nichts oder zu wenig mache. Gesprächsangebote würden oft nicht genutzt: „Wer kommt denn in Infoveranstaltungen oder in Bürgersprechstunden? Aber wir können nicht zu jedem Einzelnen nach Hause gehen, um ihn oder sie zu informieren.“

Ehrenamt Selbst wenn sie gern noch mehr machen würde: Ahnert hat die Zeit nicht. Der Job als Stadträtin ist ein Ehrenamt, das sie neben ihrer Tätigkeit als Referentin in einem Landesministerium stemmt. Seit diesem Frühjahr arbeitet die zweifache Mutter wieder Vollzeit, seither „ist es deutlich schwieriger geworden, alles zu schaffen“. Denn als Stadträtin ist Ahnert nicht nur für die Sitzungen des Gremiums gebucht, mit ellenlangen Tagesordnungen, „die in der Summe bestimmt einen halben Meter Papier für die Vorbereitung mit sich bringen“. Auch die Beratungen in den Ausschüssen fressen Zeit, ebenso wie das, was Ahnert für den Kern der Kommunalpolitik hält: die Arbeit mit den Bürgern. „Für uns ist diese enge Anbindung wichtig. Wir müssen wissen, was die Leute konkret umtreibt, was sie brauchen. Schon der Landtag ist gefüllt weit weg mit vielen Themen. Wir sind hier vor Ort das Gesicht der Politik.“ Bis vor kurzem war sie bildungspolitische Sprecherin ihrer Fraktion, einen Schwerpunkt legt sie daneben auf die städtische Finanzpolitik. Gut 15 Stunden wendet sie für das Mandat pro Woche auf. Zu den Plenar- und Ausschusssitzungen kommen Bürgergespräche, Parteiveranstaltungen, Termine an Schulen: „Ich bin an mindestens drei Abenden unterwegs.“ Immerhin ist die Aufwandsentschädigung für die Kommunalpolitiker in Dresden – anders als in vielen anderen Städten – in Dresden durchaus hoch, findet Ahnert. Monatlich komme mit Pauschale und Sitzungsgelder eine knapp vierstellige Summe zusammen. „Damit sind wir aber gar nicht repräsentativ.“

17.05 Uhr. Der Stadtrat diskutiert in einer aktuellen Stunde auf Betreiben der CDU die Prioritäten des Doppelhaushalts 2021/2022 und der mittelfristigen Finanzplanung. Die Pandemie führt zu großen Belastungen im Haushalt, der Bürgermeister hat deshalb seine Pläne vorgestellt: Gebührenerhöhungen bei Kitaplätzen und auf Parkplätzen, Stellen im Rathaus ohne Neubesetzungen, Streichungen an allen Ecken und Enden. Und, vielleicht, Kredite für Investitionen. Die Fraktionen sind mäßig begeistert, sie sehen die Generationengerechtigkeit in Gefahr.

Als Lokalpolitikerin rechne sie anders als viele andere Menschen, erklärt Heike Ahnert. „Wenn ich sehe, wie viele Millionen wir für die Soforthilfe freigemacht haben, plopt in meinem Kopf sofort auf: Das entspricht einer Schule. Oder einem Viertel Stadion. Unsere Entscheidungen haben eine immense Tragweite, dessen sind wir uns immer bewusst.“ Denn der Weg zwischen den Bürgern und „denen da oben“ sei in der Kommunalpolitik kurz; als Mutter habe sie immer sehr direkt erlebt, was die Entscheidungen, die sie als Bildungspolitikerin getroffen habe, für Auswirkungen hatten.

In gut fünf Stunden haben die Stadträte 18 Tagesordnungspunkte abgearbeitet.

Das Vertrauen der Bürger ist ein hohes Gut für das Funktionieren einer Demokratie. Erst im Juni brachte eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa zu Tage, dass das Vertrauen von Bürgern in Rathaus, Gemeindevertretung und Verwaltung umso größer ist, je kleiner die Stadt ist. Kommunalpolitiker in einer Großstadt wie Dresden mit ihren rund 560.000 Einwohnern müssen darum immer wieder kämpfen – auch wenn das Corona-Krisenmanagement ihnen und ihren Kollegen in ganz Deutschland hohe Zuwächse in Sachen Vertrauen beschert hat. Man habe in dieser Krise wahrgenommen, dass die Volkvertreter parteipolitische Kleinkriege vergessen und sich wirklich um die Menschen gekümmert hätten, sagte Forsa-Chef Manfred Güllner. Und dennoch: Seit Jahren warnen Beobachter, der Kommunalpolitik könne das Personal ausgenutzt werden. In den vergangenen Jahren ist die Zahl der körperlichen Angriffe auf Bürgermeister, Gemeinderäte und Angestellte der Verwaltungen deutlich angestiegen – viele Mandatsträger haben sich inzwischen zurückgezogen (siehe Seite 8).

Heike Ahnert kennt Schreckmomente, die in den Knochen bleiben. Vor wenigen Jahren geriet sie in eine Pegida-Demonstration, als sie gerade aus dem Rathaus kam und nach Hause fahren wollte. „Die haben mich dort rauskommen sehen und angefangen, 'Volksverräter' zu brüllen. Da war so viel Aggression und Feindseligkeit; mir läuft es bis heute kalt den Rücken herunter, wenn ich darüber nachdenke.“ Sie sei damals sehr froh gewesen, dass sie in der Stadt noch recht unbekannt gewesen sei. „Wir müssen ja unsere Adressen offenlegen. Jeder, der will, kann im Amtsblatt nachlesen, wo ich wohne. Als ich das erste Mal zu Hause direkt zugestellte Bürgerpost hatte, war mir schon ziemlich unwohl.“

18.20 Uhr. Diskutiert wird ein SPD-Antrag für ein Sommerschulprogramm der Stadt, das helfen soll, die Unterrichtsausfälle der vergangenen Monate wenigstens ein bisschen abzufedern. Die AfD moniert, das Vorhaben sei so kurzfristig auf den Weg gekommen, dass wesentliche Fragen nicht beantwortet würden, etwa die pädagogische und fachliche Qualifikation des eingesetzten Personals. Ahnert sagt, das Gute an der Kommunalpolitik sei, dass die Arbeit viel sachorientierter als im Land- oder Bundestag sei: „Wir haben hier wesentlich seltener diese großen ideologischen Schaufensterdebatten. Die meisten meiner Kollegen brennen einfach für ihre Sache.“ Das mache die Zusammenarbeit auch über Fraktionsgrenzen hinweg etwa mit Sozial- und Freidemokraten oder Grünen „oft sehr fair und pragmatisch.“

19.10 Uhr. Der Oberbürgermeister wirbt für seinen Plan der sogenannten Dresdner Kulturinseln. Bei diesem Festival sollen im Sommer Künstler in der Innenstadt in Pagoden-Zelten auftreten. Gut eine halbe Million Euro will Hilbert dafür ausgeben – das aber trifft auf den vehementen Widerstand etwa der Linken und der Grünen: Sie halten dem Oberbürgermeister eine „Selbstinszenierung“ vor, für die in Zeiten der Haushaltssperre plötzlich Geld da sei. Auch Heike Ahnert zeigt sich mindestens irritiert darüber, wie leicht es der Verwaltung offenbar gefallen sei, in Zeiten leerer Kassen so viel Geld für ein Projekt zu finden, das niemand auf dem Schirm gehabt habe. „Wir hatten eigentlich einen Konsens darüber, dass wir die Kitagebühren senken. Jetzt sollen sie um keinen Euro runtergehen, da fühle ich mich schon an der Nase herumgeführt.“ Insgesamt sei es oft so, kritisiert sie, dass die Verwaltung Erfolge für sich verbuche, bei schwierigen Themen, die für Missmut bei den Bürgern sorgen könnten, aber dem Stadtrat die Schuld gebe – da sei Politik dann häufig doch wieder die Taktiererei, die sie so wenig möge.

Weniger euphorisch Nicht alles aber an den Plänen des Oberbürgermeisters will die Christdemokratin verdammten, auch wenn in ihren Augen vieles besser nach außen vermittelt werden müsste. Dass die Stadt etwa ein neues Verwaltungsgebäude nicht selbst baut, sondern eine Tochtergesellschaft das kreditfinanziert tun soll und die Verwaltung die Räume dann mietet, mache durchaus Sinn. „Wir müssen uns klarmachen, dass auch nicht erfolgte Investitionen Belastungen für die nachfolgenden Generationen sind, weil sie zu Folgekosten führen. Das ist nicht immer einfach zu erklären, das müssen wir aber tun.“ Nach gut fünf Stunden beenden die 70 Stadträte ihre Sitzung; 18 verschiedene Tagesordnungspunkte haben sie heute abgearbeitet, die Themen reichten von Grünflächen über Berufsschulen bis zum Stadtarchiv. Heike Ahnert ist müde, aber zufrieden. Sie sei heute weniger euphorisch als zu Beginn ihres Mandats, sagt sie. „Ich will es nicht desillusioniert nennen, aber man merkt schon, dass die Jahre Spuren hinterlassen.“ Amtsmüde aber sei sie längst nicht. Dafür bleibe in ihrem Dresden einfach viel zu viel zu tun. *Susanne Kallitz II*

Die Autorin ist freie Journalistin in Dresden.



Heike Ahnert ist seit 2014 Mitglied des Dresdner Stadtrates.

STICHWORT

Kommunalpolitiker in Deutschland

> **Kommunalparlamente** In Deutschland gibt es laut Statistischem Bundesamt 10.797 Gemeinden, darunter 107 kreisfreie Städte und 294 Landkreise. Hinzu kommen Körperschaften wie etwa Stadtbezirke. Die Mandatsstärke der jeweiligen Kommunalparlamente liegt je nach Einwohnerzahl zwischen weniger als zehn und mehr als 100.

> **Mandatsträger** Die Zahl der in aller Regel ehrenamtlichen Mandatsträger auf kommunaler Ebene ist je nach Bundesland unterschiedlich. In Baden-Württemberg gibt es beispielsweise etwa 20.000 Gemeinderäte. Bei den Kommunalwahlen in Bayern wurden im März dieses Jahres rund 39.500 Mandate vergeben, in Rheinland-Pfalz mit deutlich weniger Einwohnern ging es im vergangenen Jahr um gut 35.000 kommunale Mandate.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



AUFGEKEHRT

Nesthockende Jungsozialisten

Muttersöhnchen" nennt der Volksmund Männer, die im Erwachsenenalter noch bei den Eltern leben. Dass es dabei um Söhnchen und nicht um Töchterchen geht, folgt keinem Klischee...

VOR 25 JAHREN...

Drei Liter für die Umwelt

11.8.1995: Autogipfel zwischen Industrie und Politik. Umweltfreundlichere Autos gegen autofreundlichere Politik - so könnte man das Ergebnis des sogenannten Auto-Konsens von 1995 zusammenfassen.

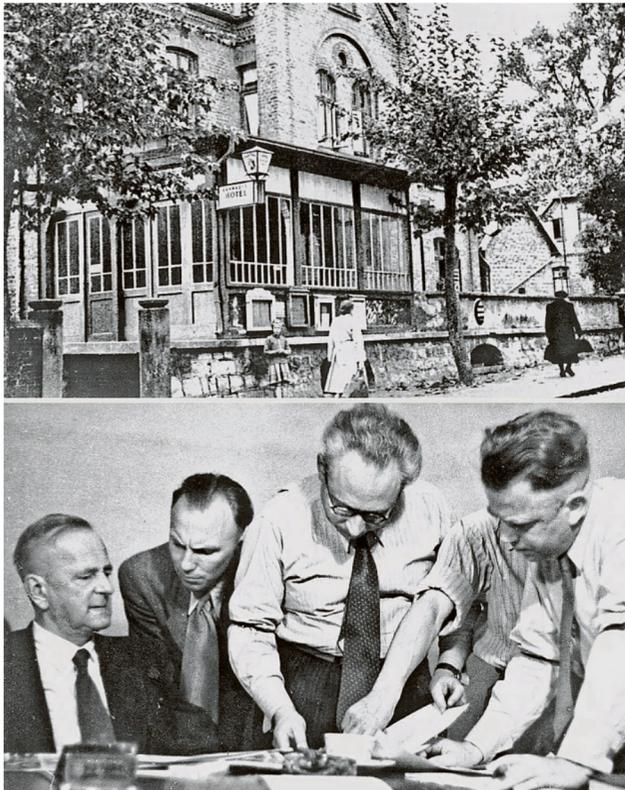


Die Ministerpräsidenten Edmund Stoiber (CSU, links) und Gerhard Schröder (SPD)

sammen. Die Vertreter der Automobilkonzerne sicherten dabei zu, bis zum Jahr 2000 ein Drei-Liter-Auto auf den Markt zu bringen und Arbeitsplätze zu sichern.



ORTSTERMIN: GRÜNDUNGSRORTE VON CDU UND SPD NACH 1945



Das ehemalige Bahnhofshotel in Wennigsen (Bild oben links) diente den Sozialdemokraten um Kurt Schumacher, Egon Franke, Erich Ollenhauer und Alfred Nau (v.l.n.r.) zur Parteiwiedergründung in 1945.



Geburtsstätten der Volksparteien

Dass Niedersachsen eine so prominente Rolle bei der Gründung der Volksparteien nach dem Zweiten Weltkrieg spielt, hat vor allem einen Grund: die Lage des Bundeslandes.

cher. Er erreichte, dass die britische Militärregierung nach der eintägigen Konferenz mit Delegierten der britischen Zone und des Exilvorstands auch Gespräche mit Repräsentanten aus anderen Zonen und aus Berlin zuließ.

Wegen des Bilds der Zerrissenheit verständigten sich die Landesvorsitzenden im Mai 1950 auf die Gründung einer Bundespartei - ohne die bayrische CSU.

LESERPOST

Zur Ausgabe 26-27 vom 22. Juni 2020, „Dein Freund und Helfer?“ auf Seite 9: Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) empfiehlt eine Studie zu einem ersten Problem in diesem Jahrzehnt: Gewalt von Jugendlichen gegen die Polizei...

gen gehen. Dass Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) den Werkverträgen den Garaus machen will, könnte auch für den Endverbraucher zur Folge haben...

scher Herkunft. Wer die Fakten so verdreht, ist kein glaubwürdiger Politiker.

hätte Corona tatsächlich auch etwas Gutes.

Zur Ausgabe 28-29 vom 6. Juli 2020, „Ende der Schweinerei“ auf Seite 1: Die Aussage von Jürgen Pohl (AfD), dass die „Hälfte der in Deutschland geschlachteten Schweine aus dem Ausland zum Schlachten hierher gebracht“ würde, ist falsch und völlig überzogen.

Zur Ausgabe 28-29 vom 6. Juli 2020, „Richtungskampf in Warschau“, Seite 12: Der polnische Präsident Andrzej Duda ist nicht Mitglied der PiS-Partei.

Wenn die Regierungsparteien etwas ändern wollten, hätten sie es schon längst tun können. Es sieht wie immer so aus, als ob ein wichtiges Thema vergessen wird, sobald es aus den Schlagzeilen der Medien verschwindet.

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament Platz der Republik 1 11011 Berlin redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 24. August.

SEITENBLICKE



PANNENMELDER Zur Ausgabe 28-29 vom 6. Juli 2020, „Richtungskampf in Warschau“, Seite 12: Der polnische Präsident Andrzej Duda ist nicht Mitglied der PiS-Partei.

Austauschjahr in den USA

STIPENDIUM Der Deutsche Bundestag vergibt wieder Stipendien für ein Austauschjahr in den USA an Schüler und junge Berufstätige.

Trauer um SPD-Politiker Vogel

Der frühere SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel (Foto) ist am 26. Juli im Alter von 94 Jahren verstorben. Trotz seiner schweren Erkrankung hatte er noch bis zuletzt den kritischen Dialog gesucht.



PERSONALIA

>Lothar Barthel † Bundestagsabgeordneter 1990, CDU Lothar Barthel starb am 20. Juli im Alter von 83 Jahren.

>Rainer Jork † Bundestagsabgeordneter 1990-2002, CDU Am 23. Juli starb Rainer Jork im Alter von 80 Jahren.

>Josef Göppel Bundestagsabgeordneter 2002-2017, CSU Josef Göppel wird am 16. August 70 Jahre alt.

>Christine Ostrowski Bundestagsabgeordnete 1990, 1998-2002, PDS Am 24. August wird Christine Ostrowski 75 Jahre alt.

>Roland Becker Bundestagsabgeordneter 1990, CDU Roland Becker vollendet am 25. August sein 80. Lebensjahr.

leicht
erklärt!

Parteien in Deutschland

Aufgaben und Regeln



Im folgenden Text geht es um politische Parteien in Deutschland.

Es geht zum Beispiel um folgende Fragen:

- Was sind politische Parteien?
- Welche Aufgaben haben sie?
- Welche Regeln gelten für politische Parteien in Deutschland?

Was sind Parteien?

Das Wort „Partei“ kommt aus dem Bereich Politik.

Mit Politik sind alle Themen gemeint, die damit zu tun haben, ein Land wie Deutschland zu leiten.



Parteien sind Gruppen von Menschen

Sie haben sich zusammengetan. Denn sie haben ähnliche Meinungen zu politischen Themen.

Und sie haben ähnliche Ziele.

Und diese Ziele wollen sie gemeinsam umsetzen.

Warum gibt es Parteien?

Deutschland ist eine Demokratie.

Das bedeutet:

Die Menschen bestimmen zusammen, was im Land passieren soll.

Sie bestimmen aber nicht direkt mit. Sie machen das durch Wahlen.

Sie wählen Politiker.

Diese Politiker vertreten die Menschen dann.

Sie machen zum Beispiel Gesetze. Oder sie treffen andere Entscheidungen.



In einer Demokratie werden viele Entscheidungen durch Abstimmungen getroffen.

Wenn die meisten Politiker für einen Vorschlag stimmen, dann wird der Vorschlag umgesetzt.

Einzelne Personen können ihre Ziele deswegen nur sehr schwer erreichen.

Darum tun sie sich zu Parteien zusammen.

Gemeinsam können sie ihre Wünsche und Ziele viel besser durchsetzen.

Welche Aufgaben haben die Parteien?

Parteien haben in Deutschland verschiedene Aufgaben.

Hier ein paar Beispiele:

1. Politische Ziele festlegen

Parteien helfen zum Beispiel dabei, politische Ideen und Ziele festzulegen.

Sie schauen, welche Wünsche und Ziele ihre Mitglieder haben.



Dann versuchen sie, daraus Ideen und Ziele festzulegen, mit denen möglichst viele Mitglieder zufrieden sein können.

2. Infos über politische Themen geben

Verschiedene Parteien haben verschiedene Ideen, Ziele und Meinungen zu bestimmten Themen.

Darüber sollen sie den Menschen Infos geben.

So können die Menschen in Deutschland sich verschiedene Meinungen zu einem Thema anhören.

Und sie bekommen verschiedene Vorschläge, wie man Probleme lösen kann.

Die Menschen können sich dann eine eigene Meinung bilden.

3. Wünsche und Ziele erfüllen

Die meisten Politiker in Deutschland sind Mitglieder von Parteien.

Und Politiker treffen wichtige Entscheidungen.

Das bedeutet: Parteien können die Wünsche und Ziele ihrer Mitglieder oft auch erfüllen.

Sie entscheiden also darüber mit, was in Deutschland passiert.



Parteien im Grund-Gesetz

Parteien sind ein wichtiger Teil der Politik in Deutschland.

Darum stehen sie auch im Grund-Gesetz.

Das Grund-Gesetz ist das wichtigste Gesetz in Deutschland. In ihm stehen die wichtigsten Regeln für Deutschland.

Die Parteien haben einen eigenen Abschnitt im Grund-Gesetz.

Außerdem gibt es auch ein eigenes Gesetz für Parteien.

In diesem Parteien-Gesetz sind noch mehr Regeln für Parteien festgelegt.

Regeln für Parteien in Deutschland sind zum Beispiel:

- Jeder kann eine Partei gründen. Man muss dabei nur einige Regeln beachten.
- Parteien müssen ihre Pläne und Ziele aufschreiben.
- Parteien dürfen nicht das Ziel haben, die Bundes-Republik Deutschland zu zerstören.



Viele verschiedene Parteien

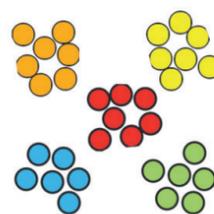
In Deutschland gibt es sehr viele unterschiedliche Parteien.

Manche Parteien gibt es in ganz Deutschland.

Manche Parteien gibt es nur in einzelnen Bundes-Ländern. Manche auch nur in einzelnen Städten oder Gemeinden.

Im Bundestag sind im Moment 7 unterschiedliche Parteien:

- CDU
- SPD
- AfD
- FDP
- Linke
- Grüne
- CSU





Die größten Parteien sind die SPD und die CDU.

Sie haben jeweils mehr als 400-Tausend Mitglieder.

Es gibt auch sehr kleine Parteien mit weniger als 100 Mitgliedern.

Größere Parteien beschäftigen sich oft mit vielen verschiedenen Themen.

Zum Beispiel:

- Umwelt-Schutz
- Arbeits-Plätze
- Beziehungen zwischen Deutschland und anderen Ländern

Kleinere Parteien haben oft ein bestimmtes Thema, mit dem sie sich beschäftigen.

Es gibt zum Beispiel eine Partei, die sich vor allem um den Tier-Schutz kümmern will.

Eine andere Partei will sich vor allem um Familien kümmern.

Im Laufe der Zeit können sich die Themen auch ändern.



Die Grünen haben als kleine Partei angefangen.

Damals haben sie sich vor allem um den Umwelt-Schutz gekümmert.

Inzwischen kümmern sich die Grünen aber auch um alle wichtigen Themen.

Parteien-Wettbewerb

Die Parteien stehen im Wettbewerb zueinander.

Das bedeutet: Jede Partei möchte möglichst viele Wähler dazu bringen, sie zu wählen.

Dafür schreiben Parteien sogenannte Programme.

In ihrem Programm schreibt eine Partei verschiedene Dinge auf.

Zum Beispiel:

- Welche Meinungen sie zu verschiedenen Themen hat.
- Was sie tun will, um bestimmte Probleme zu lösen.

Die Idee ist: Wenn die Wähler zwischen verschiedenen Ideen wählen können, dann gewinnen die besten Ideen.



Woher bekommen Parteien ihr Geld?

Parteien erfüllen in Deutschland verschiedene Aufgaben.

Das kostet Geld.

Parteien bekommen ihr Geld von verschiedenen Stellen.

Zum einen bekommen sie Beiträge von ihren Mitgliedern.

Außerdem können sie auch Spenden sammeln.

Und einige Parteien bekommen auch Geld vom Staat.

Dafür müssen sie bei Wahlen eine bestimmte Anzahl an Stimmen bekommen.



Meinungen zu Parteien

Parteien haben eine große Rolle in der Politik von Deutschland.

Es gibt Menschen, die einige Dinge an Parteien schlecht finden.

Eine Meinung ist zum Beispiel:

Parteien haben zu viel in der Politik mitzubestimmen.

Sie müssen nicht auf die Menschen in einem Land hören.

Dadurch können die Menschen weniger mitbestimmen.

So sollte es in einer Demokratie eigentlich nicht sein.

Eine andere Meinung lautet:

Die meisten Politiker gehören zu Parteien.

Und Politiker machen Gesetze.

Sie machen auch die Gesetze, die für die Parteien gelten.

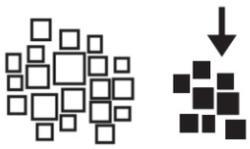
Also machen die Parteien eigentlich Gesetze für sich selbst.



Wie verändern sich die Parteien?

Im Moment verändert sich viel bei den Parteien in Deutschland.

Große Parteien werden kleiner



Über viele Jahrzehnte gab es in Deutschland vor alle 2 Parteien, die bei Wahlen die meisten Stimmen bekamen.

Das waren die CDU und die SPD.

Eine der beiden Parteien konnte in Deutschland immer regieren.

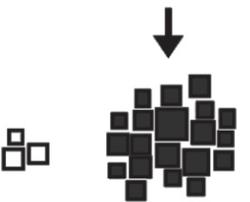
Manchmal musste diese Partei dann noch eine kleine Partei als Partner dazunehmen.

Seit ein paar Jahren hat sich das aber geändert.

Beide Parteien haben immer mehr Wähler verloren.

Vor allem die SPD wird seit einer Weile von viel weniger Menschen gewählt als früher.

Kleine Parteien werden größer



Vor allem die Partei die Grünen ist seit einigen Monaten bei Wählern sehr beliebt.

Bisher war sie immer eine mittelgroße Partei.

Inzwischen gehört sie zu den Parteien, die bei der nächsten Wahl zum Bundestag wahrscheinlich auf einem der vordersten Plätze landen würden.

Neuere Parteien

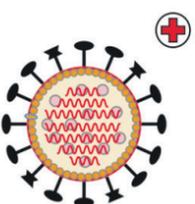
Eine inzwischen mittelgroße Partei ist die AfD.

Es gibt sie erst seit 7 Jahren.

Trotzdem bekommt sie in Wahlen oft viele Stimmen.



Parteien in der Corona-Krise



Durch die Corona-Krise hat sich bei den Parteien noch mal einiges verändert.

Im Moment sagen zum Beispiel wieder sehr viele Menschen: Bei der nächsten Wahl würden sie die CDU wählen.



Die CDU ist eine der Parteien, die im Moment Deutschland regiert. Bundes-Kanzlerin Angela Merkel ist Mitglied der CDU.

Viele Menschen sind zufrieden mit den Dingen, die sie und ihre Kollegen gegen die Corona-Krise unternehmen.

Deswegen wollen viele sie im Moment wählen.

Andere Parteien haben eher Stimmen verloren.

Ob das alles auch nach der Corona-Krise so bleiben wird, muss man aber schauen.

Zusammenfassung



Parteien sind also für Deutschland wichtige Gruppen.

Sie bestimmen mit, welche Politik in Deutschland gemacht wird.

Und sie helfen dabei, dass alle Menschen in Deutschland bei der Politik mitmachen können.

Es gibt aber auch die Meinung, dass Parteien vielleicht zu viel mitbestimmen können.

Über Parteien und ihre Aufgaben wird also immer wieder gesprochen.

Und das wird sicherlich auch so bleiben.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance Fotograf: Christian Ohde. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 33-34/2020
Die nächste Ausgabe erscheint am 24. August 2020.